

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 pöbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB, Dr. Gerhard Schmid MdEP und Carmen König MdL verurteilen Stoibers Abkehr von der europäischen Integration: Bayerischer Ministerpräsident verwirft die Lehren der Geschichte.

Seite 1

Frauke Walthorn MdL wendet sich gegen das Klonen menschlicher Zellen; Allmachtsphantasien der Wissenschaftler Grenzen setzen.

Seite 2

Professor Dr. Uwe Jens MdB verurteilt Unternehmerforderungen, die Reallohne zu senken: Mit den Konzepten der 30er Jahre sind die Probleme nicht zu lösen.

Seite 3

Rolf Schwanitz MdB und Dr. Gerald Thalheim MdB verwerfen die Bonner Vorstellungen für ein Entschädigungsgesetz: Koalition beabsichtigt den Ausverkauf Ostdeutschlands.

Seite 4

Dokumentation

"Zur Person" wurde Johannes Rau von Günter Gaus befragt. Auszüge des Gesprächs

Seite 5

48. Jahrgang / 210

3. November 1993

Stoiber verwirft die Lehren der Geschichte Nach der "Wiedervereinigung" lehnt der bayerische Ministerpräsident keinen Sinn mehr in der europäischen Integration

Von Dr. Peter Glotz MdB
Stellvertretender Vorsitzender der BayernSPD,
Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten und
Carmen König MdL
Europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die BayernSPD verurteilt die deutsch-nationale Wende des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, der sich mit schmerzhafter Klarheit vom europäischen Föderalismus abgewandt hat. Stoiber gibt im Interview der "Süddeutschen Zeitung" vom 2. November offen zu, daß er mit der europäischen Programmatik von Adenauer, Strauß und Kohl einen "Bruch" vollzieht. Er übernimmt die Position Margaret Thatchers, die seit jeher eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft abgelehnt und eine Erweiterung ausschließlich zu dem Zweck gefordert hat, weitere Kompetenzübertragungen auf das europäische Parlament zu verhindern.

Das von der CSU - und allen anderen demokratischen Parteien - seit vielen Jahren vertretene Konzept des "Europa der Regionen" wird aufgegeben. Edmund Stoiber verläßt das Konzept von Strauß und dessen Nachfolger Streib, legt sich mit dem Mitverfasser des Maastricht-Vertrages, Bundesfinanzminister Theo Waigel an, und identifiziert seine Partei fast nahtlos mit den Positionen der Anti-Europäer Peter Gauweiler und Manfred Brunner.

Schwerer Schaden wird gestiftet

Besonders empörend ist dabei die kalte Abkehr von dem bisher von allen Parteien vertretenen Anspruch, die Deutschen könnten aus der Katastrophe ihrer Geschichte in der Hälfte des 20. Jahrhunderts etwas besonderes gelernt haben. Stoiber sagt platt: "Mit der deutschen Wiedervereinigung haben wir eine andere Situation". Die Idee der Integration Deutschlands in ein Vereintes Europa wird als "Macke" des Kriegsverlierers Deutschland abgetan. Jetzt, so macht Stoiber klar, sind wir wieder souverän. Jetzt brauchen wir eine echt europäische Integration nicht mehr. Dieser Zynismus wird außenpolitisch schweren Schaden stiften.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Presserhaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 DB, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendet Ökopapier
aus wertvollen Rohstoffen
Kreuzing-Papier



Dies umso mehr als Stoiber am Schluß seines Interviews deutlich macht, daß dieser Kurs in erster Linie aus rein parteitaktischen Überlegungen erfolgt. Es ist bestürzend zu sehen, wie die CSU aus reiner Angst um ihre eigene Zukunft hemmungelos jahrzehntelange Überzeugungen über Bord wirft. Die CSU hat sich damit als europäische Partei selbst verabschiedet.

Die BayernSPD ist damit die einzige Partei in diesem Bundesland, die sich angesichts des bevorstehenden Europawahlkampfes dem antieuropäischen Populismus der Schönhubers, Gauwellers, Stolbers, Brunners und Co. nicht unterwirft. Die SPD wird weiter für ein vereintes Europa kämpfen und fordert auch die europäisch denkenden Mitglieder und Anhänger der Konservativen, der Grünen und Liberalen auf, der Kurzsichtigkeit und dem schlimmen Opportunismus ihrer Parteiführungen ihre eigenen Überzeugungen nicht zu opfern.

(-/3. November 1993/rs/ks)

Allmächtsphantasien der Wissenschaftler Grenzen setzen

Für das Klonen menschlicher Zellen darf es keine gesellschaftliche Akzeptanz geben

Von Frauke Walhorn MdL

Genpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die Entrüstung und das Entsetzen, als 1970 die Wissenschaftler Steptoe und Edwards das erste Retortenbaby vorstellten, war groß. Heute haben wir uns daran gewöhnt, daß künstliche Befruchtung auch bei Menschen lediglich eine Frage technischer Machbarkeit ist und daß ethische oder moralische Aspekte in weiten Kreisen nicht mehr diskutiert werden. Die Warnungen kritischer BeobachterInnen werden als technikkfeindlich und weltfremd immer wieder abgewehrt.

Heute feiern amerikanische Wissenschaftler ihre erfolgreiche Tätigkeit beim Klonen menschlicher Embryonen. Aus 17 Embryonen im gleichen Entwicklungsstand hatten sie insgesamt 48 genetisch völlig gleiche kleine Menschen zur Produktion gebracht, die dann aber nach dem heutigen Stand technischer Möglichkeiten am 6. Tag ihre Entwicklung einstellten und damit ihre Lebensfähigkeit beendeten.

Noch sind WissenschaftlerInnen angeblich nicht in der Lage, das, was in der Tierproduktion längst Wirklichkeit ist, zu tun, nämlich lebensfähige, völlig identische Menschen herzustellen. Die Veröffentlichungen der mehr als zweifelhaften Tätigkeit der Genmanipulateure Hall und Stillmann sollen vermutlich erste Versuche sein, gesellschaftliche Akzeptanz für Experimente dieser Art auszutesten und über Gewöhnung durch fortlaufende Berichterstattung Widerstände lahmzulagen!

Derartige "Vermittlungsprozesse" sind erfolgreich verlaufen im Bereich der künstlichen Befruchtung, bei der Frage der Leihmütter, bei der Samenbank für Spendersamen und Embryonen und der Ausbringung von Kindern durch Frauen nach den Wechseljahren.

Pioniertaten dieser Art sowohl in der Gentechnik, der Transplantationsmedizin, der Intensivmedizin und der Reproduktionsindustrie lehnen wir ab. Forschung im Bereich der Veränderung und des Eingriffs in menschliche Keimbahnen muß nach meiner Meinung verboten werden, um den Allmächtsphantasien einzelner Wissenschaftler über die Produktion von Menschen nach eigenem Maß Grenzen zu setzen.

(-/3. November 1993/rs/ks)

Mit den Konzepten der 30er Jahre sind die Probleme nicht zu lösen
Das Senken der Reallohne bringt uns nicht aus der Krise

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Eine generelle Senkung der Reallohne, wie sie von mehreren Vertretern der deutschen Wirtschaft gefordert wird, ist gesamtwirtschaftlich gesehen unsinnig und unakzeptabel. Daß die mögliche Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW - bei Sicherung der Arbeitsplätze - mit Reallohnverlusten für die Betroffenen verbunden ist, steht außer Frage. Über die genaue Höhe haben die Tarifvertragsparteien zu entscheiden. Eine Anhebung der Tariflohne im allgemeinen mit geringerem Zuwachs als die Inflationsrate darf es jedoch nicht geben.

Wer da glaubt, die konjunkturellen oder die seit langem aufgestauten Probleme unserer Volkswirtschaft könnten durch Reallohnsenkungen einer Lösung näher gebracht werden, befindet sich auf einem ideologischen Holzweg. Betrachten wir nur die "langfristigen Standortprobleme", so sind sie keinesfalls neu, sondern seit Mitte der 80er Jahre sichtbar geworden. Diese Herausforderungen wurden jedoch von der deutschen Wirtschaft verschlafen. Mitschuld daran haben auch die "tiefschwarzen Bilanzen" gehabt, die durch eine einseitige Politik der Regierung Kohl unterstützt wurden. Wer jetzt durch Lohnsenkungen die Gewinnssituation der zweiten Hälfte der 80er Jahre herbeiführen will, hemmt den Strukturwandel und fördert wieder die Lethargie. Was wir dringend benötigen, ist der entsprechende Druck in den Unternehmen zur beschleunigten Durchführung von institutionellen und vor allem Schumpeter'schen Innovationen.

Warum werden von der Wirtschaft stets nur einseitig die Lohnkosten betrachtet? Sie sind jedes Jahr neu zu verhandeln und in gewissem Ausmaß variabel. Im Durchschnitt liegen sie im produzierenden Gewerbe kaum über 30 Prozent der Gesamtkosten; im Dienstleistungssektor aber deutlich höher. Selbst wenn es gelänge, die Reallohne in der Industrie um zehn Prozent zu senken, würde dies - theoretisch - nur zu einer Kostensenkung von insgesamt drei Prozent führen. Allein durch die Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem wurden jedoch die deutschen Exportwaren im vergangenen Jahr um zehn Prozent verteuert. Auch eine Senkung der Kreditzinsen durch die Banken und durch die Bundesbank um ein Prozent würde die deutsche Wirtschaft um acht Milliarden DM entlasten. Die einseitige Propagierung einer Lohnsenkung ist nichts weiter als falsch verstandene Interessenpolitik.

Konjunkturelle und verteilungspolitische Argumente haben zur Zeit in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine untergeordnete Bedeutung, und das ist auch verständlich. Dennoch ist es falsch, wenn eine so bedeutende Industrienation wie Deutschland allein eine "Brüning'sche Deflationpolitik" betreiben will. Keine große Industrienation darf sich jetzt einer abgestimmten Wirtschaftspolitik entziehen, bei der auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beachtet werden muß. Warum die unvermeidbaren Preissteigerungen nach Ansicht einiger Wirtschaftsfunktionäre im kommenden Jahr einseitig den Arbeitnehmern angelastet werden sollen, ist ebenfalls nicht plausibel. Unterstellt, es gäbe eine Produktivitätsentwicklung - und die kann bei anziehender Konjunktur hoch ausfallen -, so würde den Arbeitnehmern ihr Anteil daran sowieso vorenthalten werden. Zweifellos ist jetzt wichtig, daß unsere Wirtschaft schnell wieder Tritt faßt, und wir aus der selbstverursachten Krise herauskommen. Mit rückwärts gewandten Konzepten der 30er Jahre sind die Probleme der 80er Jahre jedoch nicht zu lösen. Es muß Schluß sein mit dem öffentlichen und dem offiziellen Gejammer. Unterstützung verdienen diejenigen, die mit bahnbrechenden Neuerungen unserer Wirtschaft einen zukunftsweisenden Weg aufzeigen.

(-/3. November 1993/rs/ks)

Koalition beabsichtigt den Ausverkauf Ostdeutschlands
Wie sich Bonn die Regelung der offenen Vermögensfragen vorstellt

Von Rolf Schwanitz MdB
Vorsitzender Querschnittsgruppe Einheit Deutschlands der SPD-Bundesfraktion und
Dr. Gerald Thalheim MdB
Stellvertretender landwirtschaftlicher Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Bestehen des Einigungsvertrages ist die Bundesregierung in der Pflicht, die offenen Vermögensfragen in Ostdeutschland zu regeln. Das ist bis heute nur unvollständig geschehen. Der erst im Mai 1993 vorgelegte Gesetzentwurf eines Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetzes wurde bei der Sachverständigenanhörung im September für teilweise verfassungswidrig und unzureichend gehalten.

Aber anstatt nunmehr zügig aus Fehlern zu lernen, verstrickt sich die Koalition in Diskussionen über weit abwegigere Modelle. Diese sogenannten Coupon-Modelle mißachten die vitalen Interessen der ostdeutschen Länder. Ost-Immobilien sollen im großen Stile ausverkauft werden, obwohl sie für spätere Industrieansiedlungen, Wohnungsbauprojekte und ähnliches in öffentlicher Hand benötigt werden.

Die katastrophalen Folgen der Koalitionsabsichten für den Osten Deutschlands im Überblick:

- Ostgrundstücke zum geschätzten Wert von 30 Milliarden sollen aus Bundes-, Länder- und Kommunalvermögen als Naturalentschädigung für Alteilgentümer abgegeben werden.
- Ostdeutsche Länder und Kommunen werden erpresst, Grundstücke abzugeben, weil der Bund nicht genügend Immobilien bereitstellen kann, um die Coupon-Lösung zu realisieren. Dies trifft den Lebensnerv der ohnehin finanziell gebeutelten ostdeutschen Region.
- Damit wird ein bisher unvergleichbarer Vermögenstransfer von Ost nach West zu Alteilgentümern und kapitalstarken Gesellschaften organisiert.
- Der mit dem Einigungsvertrag beabsichtigte Rechtsfrieden wird gebrochen. Der politische Wille der Ostdeutschen wird in eklatanter Art und Weise mißachtet.
- Ein so ausgestaltetes Coupon-Modell ist nicht verfassungsgerecht, weil es faktisch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - keine Rückgabe von Flächen, die auf besatzungsrechtlicher Grundlage zwischen 1945 und 1949 enteignet wurden - unterläuft.
- Die Erwerbsvorteile und die Handelbarkeit der Coupons sind ein Einfallstor für Spekulationen. Es entsteht ein Wettlauf, bei dem sich die Starken gegen die Schwächeren durchsetzen werden. Auch werden die Einzelnen zum Rückerwerb von Land gezwungen, da dies finanziell vorteilhafter ist, als die Einlösung der Zertifikate im Jahre 2004 zu sehr viel geringeren Preisen (25 bis 47,5 Prozent des Nominalwertes). Die Alteilgentümer werden so auseinanderdividiert.
- Dieser Ausverkauf benachteiligt einheimische Landwirte in besonderem Maße und führt zu einer übermäßigen Flächenkonzentration in den Händen weniger.

Ein solches Coupon-Modell ist ein direkter Angriff auf ostdeutsche Interessen. Dies ist mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

(-/3. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Johannes Rau: Jetzt müssen Jahre der Versöhnung nach Innen und außen kommen

Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender SPD-Vorsitzender, wurde von Günter Gaus mit Blick auf seine Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten "Zur Person" befragt. Wir dokumentieren Ausschnitte aus dem Gespräch, das am 25. Oktober in der Reihe "News and Stories" von SAT 1 gesendet wurde.

Günter Gaus: Wie groß ist die Gefahr, daß wir, wir im Westen, im stärkeren Teil des vereinigten Landes unsere eigenen Balken im Auge nicht mehr sehen, wegen der Balken, wegen der Splitter im Auge des östlichen Partners? Wie groß ist die Gefahr, daß wir die Menge, die Brüchigkeiten und die Schweinereien unseres Systems mit den Schweinereien des andren Systems, des untergegangenen Systems, zudecken.

Johannes Rau: Also, ich finde es schon schön, daß Sie ein Bild aus der Bergpredigt nehmen, weil ich gerade gehört habe, mit der könne man die Welt nicht regieren. Ich glaube, das ist eine Gefahr, vor allem die Gefahr des Aufrechnens. Nicht in dem Sinne, daß wir uns jetzt Sack und Asche als Politiker-Uniformen anschaffen sollten. Das halte ich auch nicht für richtig, auch nicht als ein gesellschaftliches Symbol. Aber ich glaube, daß vier Jahrzehnte der Situation der Menschen in der DDR, daß das eine so gravierende Geschichte in Millionen von Biographien gewesen ist, daß uns jede Position zukommt, nur nicht die des Richters, nur nicht die dessen, der vom sicheren Port aus erklärt, so hättet Ihr leben müssen, und das finde ich in vielen Leitartikeln, diesen falschen Ton.

Günter Gaus: Haben Sie Schuldgefühle wegen des Pragmatismus der Vertragspolitik der Bundesrepublik mit der DDR? An dieser Vertragspolitik, an der Sie selber entscheidend mitgewirkt haben?

Johannes Rau: Nein, da habe ich keine Schuldgefühle. Ich habe immer die Vorläufigkeit dessen, was wir da tun, gewußt.

Günter Gaus: Wirklich?

Johannes Rau: Ja...

Günter Gaus: Ich habe gedacht, daß wir zu Ihren Lebzeiten die Vereinigung erleben.

Johannes Rau: Nein, ich meine nicht Vorläufigkeit im zeitlichen Sinne, sondern die Begrenztheit der Veränderungsmöglichkeiten, die in dieser Vertragspolitik lag. Nein, ich habe das nicht gewußt, und ich habe auch nicht davon zu träumen gewagt. Aber die Ansätze dieser Politik, den Menschen dort helfen, damit sie nicht die einzigen werden, die für die deutsche Geschichte bezahlen die habe ich für richtig gehalten und bei der habe ich ein Stückchen mithelfen können. Ich habe keinen Besuch gemacht, weder in Ostberlin, noch in Prag, noch in Warschau, ohne nicht nur mit Oppositionellen zu reden, sondern ohne auch ein paar Leute mitzubringen...

Günter Gaus: Sagen Sie noch etwas zu Erich Honecker?

Johannes Rau: ...oder Türen aufzumachen. Da sage ich, daß es kein Gespräch gegeben hat mit Erich Honecker, bei dem ich nicht im Anschluß daran im Vier-Augen-Gespräch ihm konkrete Fälle genannt habe und diesen Fällen so nachgegangen bin, bis die Menschen in Freiheit waren.

Günter Gaus: Nun sagen Leute, die, wie ich meine, ein gutes Recht dazu haben, das zu sagen, ich verstehe diese Leute nicht, aber sie sagen es, und ich verstehe, daß sie das Recht haben. Daß man dann hinterher im Vier-Augen-Gespräch Leuten helfen konnte, ist gut und schön, aber wir brauchen auf dem Marktplatz die Anklage, damit die Welt besser wird. Können Sie das glauben?

Johannes Rau: Nein, ich glaube, daß es Situationen gibt, in denen muß man auch da Bekannter sein und in denen muß man sagen, so nicht. Das muß man auch vor laufenden Kameras tun. Ich habe das getan in Ostberlin, ich habe das getan in Moskau, aber ich habe diese Gelegenheiten nicht gesucht. Denn ich bin da nicht hingefahren, um mein freiheitliches Profil zu schärfen, sondern ich bin da hingefahren, um Menschen zu helfen, um Zusammenleben möglich zu machen, und wir haben dabei so viel erreicht, daß ich mich jedenfalls für keinen dieser Tage schäme.

*

Günter Gaus: Sie haben im April 1990 auf einem Podium gesessen im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen in Köln-Mülheim, als neben Ihnen Oskar Lafontaine von einer gelstig verwirrten Frau niedergestochen wurde und lebensgefährlich verletzt. Das hätte sehr leicht Sie treffen können. Im Jahr darauf haben Sie eine schwere Krankheit und Operation zu überwinden gehabt. Hatte Johannes Rau manchmal dunkle und schwere Gedanken und Empfindungen?

Johannes Rau: Nicht wegen dieser Ereignisse. Aber es gibt solche Ereignisse, wie das mit Oskar Lafontaine im April 1990 und meine Krankheit im Juli 1992. Da wird man einfach mal eine Zeit lang herausgenommen aus dem Betrieb. Da ist man gezwungen, darüber nachzudenken, macht das alles Sinn, und zwar nicht nur ökonomischen Sinn. Da bekommt man, wie ich finde, eine neue Dimension. Man kann sich selber und seine Funktion besser einordnen. Also, man nimmt sich nicht mehr so wichtig, wenn man so etwas erlebt hat.

Günter Gaus: Haben Sie manchmal daran gedacht, den ganzen politischen Bettel hinzuschmeißen?

Johannes Rau: Eigentlich nur, als ich körperlich so schwach war, daß es nicht mehr ging. Das hat ein paar Wochen gedauert. Aber dann habe ich wieder unheimliche Freude an der Arbeit bekommen und nun bin ich auch ein calvinistischer Arbeiter. Ich arbeite einfach gern.

Günter Gaus: Ist das wahr, ist Ihnen das nicht peinlich? Das ist ein bißchen so, wie Helmut Schmidt das immer gesagt hat. Ich habe immer gedacht, so etwas würden Sie nicht über die Lippen kriegen, sondern Sie würden immer so tun, als ob Sie nicht arbeiten.

Johannes Rau: Nein, nein, da bin ich nicht wie Helmut Schmidt. Obwohl ich sagen muß, an Helmut Schmidt finde ich manches sehr eindrucksvoll. Aber...

Günter Gaus: ...nicht alles?

Johannes Rau: ...nein, manches, nicht alles. Ich habe mich immer sehr stark in der Nähe von Willy Brandt empfunden und habe auch die Spannungen da ein Stück weit miterlebt. Aber ich gestehe, gerade in den letzten Jahren sind meine Beziehungen zu Helmut Schmidt sehr freundschaftlich geworden. Nein, also ich denke nicht an Aussteigen. Solange ich die Kräfte habe, will ich gern etwas tun, und es ist natürlich so, wenn man so ein alter Hirsch ist, ich bin jetzt 15 Jahre Ministerpräsident, 23 Jahre in der Regierung, 35 Jahre im Parlament, dann sagen manche, nun reicht es aber. Ich sage, es ist doch schön, daß etwas zustande gekommen ist. Es macht doch Freude, die Hochschulen zu sehen, die man gegründet hat.

Günter Gaus: Warum kandidieren Sie?

Johannes Rau: Nicht nur, weil mich viele drängen, sondern und zwar weil der Zurf und der Zuspruch aus allen politischen Lagern kommt, sondern weil ich glaube, die Jahre, vor denen wir jetzt sind, das sind Jahre, in denen manches von dem gebraucht wird, was ich zu sagen und zu leben versucht habe. Ich habe das Motto "Versöhnen statt Spalten" mal benutzt. Ich glaube, es kommt jetzt darauf an, daß Jahre der Versöhnung nach innen und außen kommen.

Günter Gaus: Erlauben Sie mir eine letzte Frage, Herr Rau. Was hätten Sie gerne einmal, was Ihnen nachgehört wird?

Johannes Rau: Er möchte die Menschen und er hat Liebe zurückzugeben versucht.

(-/3. November 1993/rs/ks)
